

LEZ Buëtt Stroossen



www.strassen.lu

1, Place Grande-Duchesse Charlotte - L-8041 Strassen
B.P. 22 - L-8001 Strassen
Tél.: (+352) 310 262 - 1 - Fax: (+352) 310 262 - 111

Novembre 2018

Gemeinderatssitzung vom 18. Juli 2018

Tagesordnung

1. Genehmigung des Sitzungsberichts vom 27. Juni 2018
2. Genehmigung der dreiseitigen Vereinbarung bezüglich des Jugendhauses für 2018
3. Erarbeitung einer Stellungnahme bezüglich der sektoriellen Leitpläne
4. Genehmigung eines Kostenvoranschlags für die Umgestaltung des Rathauses
5. Gewährung eines außerordentlichen Zuschusses für einen örtlichen Verein
6. Gewährung ordentlicher Zuschüsse 2017/2018 für örtliche Vereine
7. Genehmigung eines Kostenvoranschlags für Spielplätze
8. Ernennungen in die örtlichen beratenden Kommissionen
9. Verschiedenes
10. Personalangelegenheiten:
 - a) Schaffung einer Stelle in der Laufbahn des « Agent municipal »
 - b) Beschluss bezüglich eines Kündigungsgesuchs eines Gemeindebeamten (geschlossene Sitzung)

Anwesend

Gaston Greiveldinger, Bürgermeister (LSAP); Nicolas Pundel, 1. Schöffe (CSV); François Gleis, 2. Schöffe (CSV); Gemeinderatsmitglieder: Roland Bestgen (Déi Gréng), Nicole d'Angelo (LSAP), Martine Dieschburg-Nickels (DP), Jean-Marie Dürrer (CSV), Marc Fischer (DP), Laurent Glesener (DP), Claire Remmy (Déi Gréng), Jean-Claude Roob (LSAP), Betty Welter-Gaul (LSAP); Sekretär: Christian Muller

Abwesend (entschuldigt)

Léandre Kandel (DP) (gesamte Sitzung); Martine Dieschburg-Nickels (Punkt Nr. 10)

1. Genehmigung des Sitzungsberichtes vom 27. Juni 2018

Der Bürgermeister Gaston Greiveldinger (LSAP) entschuldigt die Abwesenheit des Gemeinderatsmitglieds Léandre Kandel (DP). Der Sitzungsbericht vom 27. Juni 2018 wird von allen anwesenden Gemeinderatsmitgliedern unterzeichnet.

2. Genehmigung der dreiseitigen Vereinbarung bezüglich des Jugendhauses für 2018

Die dreiseitige Vereinbarung zwischen dem Staat, der Gemeinde Strassen und dem Luxemburger Roten Kreuz, welche u.a. die Übernahme der von der Gemeinde Strassen vorfinanzierten Kosten von 91.418 € durch den Staat umfasst, wird einstimmig angenommen.

Bürgermeister Gaston Greiveldinger (LSAP), zuständig für das Ressort „Jugend“, teilt mit dass die Kosten für den Diplom-Erzieher ebenfalls von staatlicher Seite übernommen werden. Er führt weiterhin aus, dass 14 bis 16 Jugendliche die Angebote des Jugendhauses in Anspruch nehmen. Er gibt erneut seinem Wunsch Ausdruck, den Bau eines Jugendzentrums in Angriff zu nehmen und verweist darauf, dass die Aufgabe des kommunalen Jugenddienstes auch darin besteht, eine passendere Verbindung mit dem Jugendhaus zu schaffen, damit eine möglichst große Zahl an Jugendlichen in der entsprechenden Altersgruppe erreicht werden können.

Aufgrund einer Kündigung kann der kommunale Dienst „Jugend“ seiner Aufgabe nicht wie geplant gerecht werden. Die Stelle eines Gemeindebeamten in der Laufbahn des Erziehers (éducateur gradué) konnte aufgrund der erheblichen Gehaltsunterschiede zwischen dem kommunalen und dem privaten Sektor bis jetzt noch nicht besetzt werden. Falls eine erneute Stellenausschreibung erfolglos bliebe, wäre es notwendig, die Stelle des Gemeindebeamten umzuwandeln in eine Stelle als Arbeitnehmer mit intellektueller Tätigkeit (früher Privatbeamter) mit einer an den SAS-Tarifvertrag angepassten Vergütung, welche bedeutend höher ist als jene für Gemeindebeamten.

Sonstige laufende Tätigkeiten, wie z.B. die Babysitter-Kurse oder Ferienjobs für Jugendliche während der Sommerferien werden auch weiterhin angeboten, es ist jedoch dringend notwendig, schnellstmöglich eine angemessene Lösung für den kommunalen Jugenddienst zu finden.

Das Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) erkundigt sich nach den derzeitigen Projekten des Jugendhauses und der Zusammenarbeit mit anderen Jugendhäusern.

Das Gemeinderatsmitglied Betty Welter-Gaul (LSAP) bedankt sich bei den Verantwortlichen für deren gute Arbeit, während die beiden Gemeinderatsmitglieder Claire Remmy und Roland Bestgen (Déi Gréng) darauf hinweisen, dass der häufige Personalwechsel im Jugendhaus sich negativ auf den einwandfreien Betrieb des Jugendhauses auswirkt. Sie stellen die weitere Zusammenarbeit der Gemeinde mit dem Roten Kreuz in Frage.

Der Bürgermeister Gaston Greiveldinger (LSAP) sieht dafür keine Notwendigkeit und stellt klar, dass die möglicherweise

vorhandenen Probleme durch die von den Verantwortlichen des Roten Kreuzes vorgenommenen Neubesetzungen gelöst wurden.

3. Erarbeitung einer Stellungnahme bezüglich der sektoriellen Leitpläne

Der Bürgermeister Gaston Greiveldinger (LSAP) verweist auf die öffentliche Befragung und das nachfolgende Verfahren bezüglich der Entwürfe für die sektoriellen Leitpläne.

Das Schöffenkollegium hat hierzu Bemerkungen formuliert, welche den Gemeinderatsmitgliedern schriftlich mitgeteilt werden. Die politischen Fraktionen des Gemeinderates werden aufgefordert, ihre eigenen diesbezüglichen Bemerkungen zu formulieren und sie an den Schöffenrat weiterzuleiten. Diese werden dann der Stellungnahme, welche dem Ministerium zugesandt wird, hinzugefügt.

Bezüglich der Bemerkungen, welche der Schöffenrat in die Stellungnahme aufnehmen möchte, weist der Bürgermeister u.a. darauf hin, dass in dem Plan „Landschaften“ die Beibehaltung von Freizeitaktivitäten im nördlichen Teil Strassens empfohlen wird, was der im ersten Verfahren erhobenen Forderung des Gemeinderates entspricht. Außerdem stellt er fest, dass es Divergenzen zwischen dem Planungsvorhaben für den Landschaftsraum der Eisch-Mamer-Täler und der Ausdehnung der Zone „Natura 2000“ gibt.

Aufgrund der für Strassen spezifischen Verkehrssituation, welche sich insbesondere durch die Fragmentierung der Ortschaft durch die Route d'Arlon und die Autobahn auszeichnet, ist der Teil, der sich mit dem Thema „Transport“ befasst, von besonderem Interesse für die Gemeinde Strassen. Der Bau des Boulevard de Merl und der Umgehungsstraße Nord (Kreisverkehr Bridel / Route d'Arlon) werden zur Entlastung der Verkehrssituation beitragen. Das Anbringen von Lärmschutzvorrichtungen sowie eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Autobahn, beides Maßnahmen welche schon seit langem vom Schöffenrat beim Transportministerium eingefordert werden, würden zu einer deutlichen Verbesserung der Situation für die Anwohner beitragen.

Im Zusammenhang mit dem sektoriellen Plan „Transport“ begrüßt der Schöffenrat die Tatsache, dass dem Boulevard de Merl Priorität eingeräumt wird, bedauert aber gleichzeitig eine durch den Bau dieser Straße möglicherweise bedingte Blockade von Bauland.

Page 1
Gemeinderatssitzung vom
18. Juli 2018

Page 3
Séance du conseil communal du
18 juillet 2018



LA COMMUNE DE STRASSEN



La version anglaise de nos
séances communales est
disponible sur notre site internet
www.strassen.lu

Imprimé sur papier recyclé

Was den zur Verkehrsentslastung vorgesehenen Boulevard in Bridel angeht, so entspricht der in den Plänen der Ponts & Chaussées dargestellte Korridor nicht jenem, der im sektoriellen Plan abgebildet ist. Dies ist insbesondere in Bezug auf die derzeit als Bauland ausgewiesenen Flächen problematisch.

Was die einzelnen Bauphasen der Tram angeht, so ist der Schöfferrat der Ansicht, dass der Ausbau des Netzes bis zur Zone „Bätiself“ nicht ausreicht und fordert eine Verlängerung des Netzes bis nach „Tossenberg“. Angesichts des Verkehrsvolumens, welches durch die Kundschaft des Einkaufszentrums, durch den geplanten Ausbau der schulischen Infrastrukturen auf „Tossenberg“ und den deutlichen Anstieg der Einwohnerzahl Marners durch den baldigen Bau großer Wohnsiedlungen auf einer zusätzlichen Baulandfläche von 8,6 ha zu erwarten ist, wird dem Tramausbau und seiner schnellen Umsetzung eine hohe Priorität eingeräumt.

Darüber hinaus liefert der sektorielle Plan nicht die notwendigen juristischen Elemente um die für den Tramkorridor vorgesehenen Flächen reservieren zu können. Seit 2007 gelingt es der Gemeinde Strassen mit Hilfe vertraglicher Vereinbarungen, den Betreibern der zukünftigen Tram in Strassen ein Vorkaufsrecht auf einem Geländestreifen zu sichern, welcher als Fundament für den Korridor „öffentlicher Nahverkehr“ dienen soll. Dieses Vorkaufsrecht kann geltend gemacht werden falls der Geländestreifen, auf dem der Tramkorridor gebaut wird, die Baulandtauglichkeit des betreffenden Baugrundstückes nicht beeinträchtigt. So kommt es zu einer Überlagerung der Zonen „Baulandtauglichkeit“ und „öffentlicher Nahverkehr“. Allerdings ist im sektoriellen Plan „Transport“ keinerlei überlagerte Zone vorgesehen. Dieses Versäumnis wird empfindliche Auswirkungen auf den Ankauf der für das Anlegen des „Korridors öffentlicher Nahverkehr“ notwendigen Geländestreifen haben und zu zahlreichen Konflikten zwischen Eigentümern und Staat führen.

Was den Plan „Mobilität“ angeht, so bedauert der Schöfferrat die Tatsache, dass kein einheitliches Radwegenetz vorhanden ist. Dabei wäre es leicht gewesen, auf Höhe des „Fräheetsbam“ und der künftigen Unterführung einen Anschluss zwischen dem Radweg Mamer-Mersch und dem PC1 vorzusehen.

Bezüglich der Kohlenwasserstoffvorräte in Bertrange ist festzustellen, dass diese „energetische Vorrats- und Versorgungszone“ im Wortlaut der sektoriellen Pläne keine Erwähnung mehr findet, so dass der künftige Standort dieser Reservoirs unbestimmt bleibt. Der Schöfferrat fordert ohnehin eine Standortverlagerung der Kohlenwasserstoffreservoirs in Bertrange.

Ein weiterer Punkt, den es zu korrigieren gilt, betrifft die Gewerbegebiete („zones d'activité économiques“). Hierzu bemerkt der Schöfferrat u.a., dass es aufgrund der Überlagerung verschiedener Zonen möglicherweise zu rechtlichen Problemen kommen könnte. Er äußert die Befürchtung, dass die Klassifizierung der „Mereler Wisen“ als „interkommunales Gewerbegebiet“ die Spekulation anheizen wird und dazu führen wird, dass die Verhandlungen für den Ankauf von Grundstücken sich deutlich schwieriger gestalten werden. Darüber hinaus führt die den beiden Gemeinden auferlegte Verpflichtung, sich zu einem kommunalen Zweckverband zusammenzuschließen, dazu dass private Interessen daran gehindert werden, sich an der Bewirtschaftung des Industriegeländes zu beteiligen.

Bezüglich der Nachfrage des Gemeinderatsmitglieds Roland Bestgen (Déi Gréng) zur öffentlichen Anhörung zur „Umweltverträglichkeit“ führt Bürgermeister Gaston Greiveldinger (LSAP) aus, dass diesbezügliche Beanstandungen nicht über die Gemeinde laufen, sondern direkt an das zuständige Ministerium zu richten sind.

4. Genehmigung eines Kostenvoranschlags für die Umgestaltung des Rathauses

Bürgermeister Gaston Greiveldinger (LSAP) legt den Kostenvoranschlag für Umbauarbeiten im Innen- und Außenbereich des Gebäudes der Gemeindeverwaltung vor, welcher sich auf 295.000 € beläuft. Da die Fassadenarbeiten, die mit 106.000 € veranschlagt sind, erst im nächsten Jahr durchgeführt werden, brauchen die hierfür vorgesehenen Haushaltsmittel von 200.000 € nicht aufgestockt zu werden.

Die Notwendigkeit für Innenausbauarbeiten ergibt sich aus der steigenden Einwohnerzahl, der wachsenden Zahl an Mitarbeitern der Gemeinde und der Schaffung neuer Dienststellen aufgrund einer Reorganisation

des Personals. Dies führt zu Umstrukturierungen und dem Bedarf an zusätzlichen Büroräumen. Insgesamt sind 36 Büros für 38 Mitarbeiter vorgesehen. Der Verkehrsplanungsdienst und der Forstdienst werden im Untergeschoss untergebracht, der Empfang, das Einwohnermeldeamt, die Gemeindekasse, das Sozialamt, das REVIS-Büro, der Jugenddienst und der Integrationsdienst werden ihre Büros im Erdgeschoss haben, der technische Dienst wird im ersten Stock untergebracht und das Gemeindesekretariat und das Büro des Hausmeisters in der zweiten Etage.

Eingehend auf die Beiträge des Gemeinderatsmitglieds Roland Bestgen (Déi Gréng), welcher es vorgezogen hätte, dass ein Innenarchitekt die diesbezüglichen Pläne ausgearbeitet hätte und des Gemeinderatsmitglieds Laurent Glesener (DP), welcher es vorgezogen hätte, die Umbauarbeiten in größerem Umfang anzugehen, da es angesichts der steigenden Einwohnerzahlen in einigen Jahren wieder zur räumlichen Engpässen kommen werde, äußert sich Bürgermeister Gaston Greiveldinger (LSAP) dahingehend, dass die Pläne zusammen mit Experten für Bürotechnik ausgearbeitet wurden und dass ein Ausbau des Rathauses sicherlich in einigen Jahren notwendig werde, dass es jedoch derzeit noch möglich wäre, mit den vorgesehenen Maßnahmen klarzukommen.

Der Kostenvoranschlag wird von allen Gemeinderatsmitgliedern genehmigt.

5. Gewährung eines außerordentlichen Zuschusses für einen örtlichen Verein.

Alle Gemeinderatsmitglieder erklären sich damit einverstanden, dem „Karate Strassen“ einen außerordentlichen Zuschuss von 1.250 € für seinen Sportkurs mit 23 Jugendlichen in Magaluf zu bewilligen.

6. Gewährung ordentlicher Zuschüsse 2017/2018 für örtliche Vereine

Der Bürgermeister Gaston Greiveldinger (LSAP), unter dessen Zuständigkeitsbereich das Ressort „Sport und örtliche Vereine“ fällt, bedankt sich bei den örtlichen Vereinen für ihr beispielhaftes Engagement und merkt an, dass die jährliche Gewährung von Zuschüssen ein geeignetes Mittel ist, um den Wert der ehrenamtlichen Arbeit und den ständigen Einsatz der aktiven und inaktiven Mitglieder für die Belange ihres Vereins wertzuschätzen.

Der für den Bereich Finanzen zuständige Schöffe Nicolas Pundel (CSV) hebt die gute Finanzlage der örtlichen Vereine hervor, welche von der Gemeinde im Falle eines Negativsaldos oder auch beim Ankauf von teurer Ausrüstung unterstützt werden. Der Schöffe weist darauf hin, dass die ordentlichen Zuschüsse für 2017/2018 um zwei Prozent erhöht wurden und dass der Mindestbetrag für aktive örtliche Vereine bei 2.000 € (mit Ausnahme des Roten Kreuzes) liegt.

Die Zuschüsse von insgesamt 112.100 € werden folgendermaßen aufgeteilt : Gesangverein 7.800 €, Musikkapelle 13.000 €, FNEL 10.500 €, CEP Stroossen 10.650 €, DT Stroossen 2.700 €, FC UNA 12.700 €, No speed limit 2.900 €, Karate 9.750 €, Guillaume Tell 7.900 €, Stau Divers 2.000 €, VCS 11.700 €, Biker.lu 2.650 €, Amicale Pompiers 2.250 €, APEEP 2.000 €, CTF 2.200 €, Footing 2.050 €, RCTMC 2.150 €, Foyer de la Femme 2.000 €, Rotes Kreuz 1.200 €, Judo 2.000 €, Chess Club 2.000 €.

Der Bürgermeister Gaston Greiveldinger geht daraufhin auf die Diskussion bezüglich der Verteilung der ordentlichen Zuschüsse ein und auf die Notwendigkeit, einen neuen Verteilungsschlüssel zu finden, um der Bedeutung des jeweiligen Vereins und seiner Tätigkeit besser Rechnung zu tragen. Dies soll in Zusammenarbeit mit den Vereinen und den beratenden Kommissionen geschehen. Neben den ordentlichen Zuschüssen sind ebenfalls finanzielle Beihilfen vorgesehen, um einen professionellen Ansatz im Rahmen der Jugendbetreuung zu gewährleisten. Diese Bezuschussung wird im Rahmen von Vereinbarungen mit den Sportvereinen, welche die olympischen Disziplinen anbieten, erfolgen.

Das Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) bittet um Vorlage der Statuten bei neuen Vereinen und Bürgermeister Gaston Greiveldinger (LSAP) erläutert daraufhin dass kein Verein dazu verpflichtet ist, der Gemeinde seine Statuten vorzulegen.

7. Genehmigung eines Kostenvoranschlags für Spielplätze

Der für Finanzen zuständige Schöffe Nicolas Pundel (CSV) legt den Kostenvoranschlag für den Bau

eines Spielplatzes im Hof der Schule an der Place des Martyrs vor. Die Gestaltung wurde zusammen mit den Lehrkräften ausgearbeitet und sieht Spielgeräte aus Holz vor, Gleichgewichtsspiele, Trampoline, Picknicktische und Bänke sowie verschiedene Spiele.

Ein weicher Bodenbelag aus Kunstrasen, beziehungsweise aus Holzschnitzeln, soll Verletzungen verhindern. Die vorgesehenen Ausgaben betragen 362.700 €. Nach Einwänden der Gemeinderatsmitglieder Jean-Marie Dürrer (CSV), Betty Welter-Gaul (LSAP) und Martine Dieschburg-Nickels (DP), die den Nutzen des im Plan vorgesehenen Heckenlabyrinths bezweifeln, wird der Kostenvoranschlag einstimmig genehmigt.

8. Ernennungen in die örtlichen beratenden Kommissionen

Die Kandidatur von Max Flies als Mitglied der Klimapakt-Kommission wird von den Gemeinderatsmitgliedern gebilligt.

9. Verschiedenes

Der Bürgermeister Gaston Greiveldinger (LSAP) teilt den Gemeinderatsmitgliedern mit, dass bei der kommunalen Kassenprüfung ein Kassensaldo von 28,787 Mio. € festgestellt wurde.

Das Gemeinderatsmitglied Jean-Marie Dürrer (CSV) setzt die Mitglieder des Gemeinderates über eine Unterredung mit der SICONA in Kenntnis, bei der es darum ging, die auf dem Gemeindeterritorium durchzuführenden Arbeiten festzulegen.

Das Gemeinderatsmitglied Roland Bestgen (Déi Gréng) fordert eine stärkere Einbindung der beratenden Kommissionen durch die Gemeinde, bedauert das Fehlen von Toiletten anlässlich einer Veranstaltung am „Fräheetsbam“ und schlägt vor, einen Gemeindebeamten einzustellen, der damit beauftragt wird, ein ökologisches Konzept für die Gemeinde umzusetzen.

Der Schöffe Nicolas Pundel (CSV) erwidert dass ein Ingenieurbüro welches mehrere Fachgebiete abdeckt, besser in der Lage wäre, die Probleme unterschiedlicher Fachbereiche zu lösen.

Das Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) erkundigt sich nach der Nachfolge für die Apotheke von Strassen deren Gebäude sich in Gemeindebesitz befindet und das Gemeinderatsmitglied Martine Dieschbourg-Nickels (DP) schlägt vor, dass ein barrierefreier Zugang eingerichtet wird.

Bürgermeister Gaston Greiveldinger (LSAP) erwidert dass von staatlicher Seite eine Übernahme angekündigt worden ist, dass die Gemeinde bezüglich der Person, welche die Apotheke übernimmt jedoch kein Mitspracherecht habe. Er fügt hinzu dass der Zugang eingerichtet werde, in Erwartung eines Ergebnisses der Diskussionen über eine eventuelle Verlegung der Apotheke.

Das Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) erwähnt den schlechten Zustand der Wege im Park Pescher, erkundigt sich, ob es möglicherweise Probleme mit dem Springbrunnen in der Wohnsiedlung Pescher IV gibt und ob es neue Mieter in den „chambres à café“, den möblierten Wirtschaftszimmern, gibt.

Bürgermeister Gaston Greiveldinger (LSAP) nimmt die Probleme im Park Pescher zur Kenntnis, verneint, dass es Probleme mit dem Springbrunnen gäbe und erläutert dass die möblierten Wirtschaftszimmer den Bestimmungen von Sammelunterkünften entsprechen und somit kein Eingreifen seitens der Bautenpolizei möglich ist.

Das Gemeinderatsmitglied Claire Remmy (Déi Gréng) erkundigt sich nach den Öffnungszeiten des Beachvolleyballfeldes und der Bürgermeister Gaston Greiveldinger gibt an dass das Beachvolleyballfeld von 9 bis 21 Uhr für den Publikumsverkehr geöffnet ist, jedoch während der Trainingszeiten des örtlichen Volleyballclubs nicht zur Verfügung steht.

10. Personalangelegenheiten :

a) Schaffung einer Beamtenstelle in der Laufbahn des „Agent municipal“

b) Beschluss bezüglich eines Kündigungsgeheuchs eines Gemeindebeamten (nichtöffentliche Sitzung)

Bürgermeister Gaston Greiveldinger (LSAP) teilt mit, dass der Verkehrsplanungsdienst eine vierte Stelle in der Laufbahn des „Agent municipal“ angefordert hat, um die Parkproblematik, insbesondere im Umfeld

des Pall-Centers, in den Griff zu bekommen aber auch um zu verhindern dass Behindertenparkplätze unerlaubterweise besetzt werden, usw. Allein die Kontrolliertes Bereichs «Bourmicht» nehme zwei Stunden in Anspruch. Hinzu kommen Sicherheitsvorkehrungen vor der Schule zu Schulbeginn und Schulschluss, der steigende Arbeitsaufwand für die Verwaltung von etwa 4000 Anwohnerparkausweisen, wobei jährlich 2000 Parkausweisen ausgetauscht werden, die Baustellenüberwachung und die Einhaltung der Straßenverkehrsordnung und der Parkvorschriften. Außerdem sei eine Erweiterung des Aufgabengebietes der „Agents municipaux“ geplant, was zu einer zusätzlichen Arbeitsbelastung in diesem Bereich führe, weshalb die Schaffung einer zusätzlichen vierten Stelle eines „Agent municipal“ unumgänglich sei.

Das Gemeinderatsmitglied Roland Bestgen (Déi Gréng) führt aus, ohne deswegen die Schaffung einer vierten Stelle in Frage zu stellen, dass vor allem die schlechte strukturelle Situation ursächlich für die Probleme sei und dass diese nicht mit der Schaffung einer zusätzlichen Stelle gelöst würden.

Die Schaffung der Stelle wird einstimmig genehmigt. In geschlossener Sitzung beschließen die Gemeinderatsmitglieder, dem Kündigungsersuchen eines Gemeindebeamten stattzugeben.

Séance du conseil communal du 18 juillet 2018

Ordre du jour

1. Approbation du procès-verbal de la séance du 27 juin 2018
2. Approbation de la convention tripartite relative à la maison des jeunes pour 2018
3. Formulation d'un avis relatif aux projets plans directeurs sectoriels
4. Approbation d'un devis relatif à des aménagements de la maison communale
5. Allocation d'un subside extraordinaire à une association locale
6. Allocation de subsides ordinaires 2017/2018 aux associations locales
7. Approbation d'un devis relatif à des aires de jeux
8. Nominations au sein des commissions consultatives locales
9. Divers
10. Affaires de personnel :
 - a) Création d'un poste de fonctionnaire dans la carrière de l'agent municipal
 - b) Décision dans le cadre d'une demande de démission d'un fonctionnaire communal (huis clos)

Présents

Bourgmestre Gaston Greiveldinger (LSAP) ; 1^{er} échevin Nicolas Pundel (CSV) ; 2^e échevin François Gleis (CSV) ; Conseillers : Roland Bestgen (Déi Gréng), Nicole d'Angelo (LSAP), Martine Dieschburg-Nickels (DP), Jean-Marie Dürrer (CSV), Marc Fischer (DP), Laurent Glesener (DP), Claire Remmy (Déi Gréng), Jean-Claude Roob (LSAP), Betty Welter-Gaul (LSAP)
Secrétaire : Christian Muller

Absents (excusés)

Léandre Kandel (DP) (toute la séance) ; Martine Dieschburg-Nickels (point n° 10)

1. Approbation du procès-verbal de la séance du 27 juin 2018

Le bourgmestre Gaston Greiveldinger (LSAP) excuse l'absence du conseiller Léandre Kandel (DP) et le procès-verbal de la séance du 27 juin 2018 est signé par tous les conseillers présents.

2. Approbation de la convention tripartite relative à la maison des jeunes pour 2018

La convention tripartite entre l'État, la commune de Strassen et la Croix-Rouge luxembourgeoise, concernant e. a. la prise en charge par l'État des frais de 91.418 € préfinancés par la commune est approuvée par tous les conseillers.

Le bourgmestre Gaston Greiveldinger (LSAP), en charge du ressort « Jeunesse », informe que l'État prend à sa charge aussi les frais de l'éducateur diplômé. Il précise que 14 à 16 jeunes profitent des projets mis en place par la maison des jeunes. Il réitère son souhait de construire un centre pour jeunes et rappelle que le service communal « Jeunesse » a également comme mission de créer un lien plus adapté avec la maison des jeunes afin de toucher le plus grand nombre d'adolescents dans la tranche d'âge concernée.

À la suite d'une démission, le service communal « Jeunesse » ne fonctionne pas comme prévu. Le poste de fonctionnaire communal dans la carrière de l'éducateur gradué est toujours vacant comme les différences de rémunération entre le secteur communal et le secteur privé sont substantielles. Si une nouvelle publication de vacance devait rester sans suite, il faudrait changer le poste de fonctionnaire communal en poste de travailleur à tâche intellectuelle (anciennement poste d'employé privé) avec une rémunération alignée sur le contrat collectif SAS beaucoup plus avantageux que celui en vigueur pour les fonctionnaires communaux.

D'autres activités courantes comme les cours de baby-sitter ou l'emploi des jeunes pendant les vacances d'été seront organisées comme par le passé, mais une solution pour le service communal « Jeunesse » s'impose et doit aboutir à une solution dans les meilleurs délais.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) s'informe sur les projets actuels de la maison des jeunes et la collaboration avec d'autres maisons des jeunes.

La conseillère Betty Welter-Gaul (LSAP) remercie les responsables pour leur bon travail tandis que les conseillers Claire Remmy et Roland Bestgen (Déi

Gréng) mentionnent le fait que les changements de personnel de la maison des jeunes sont fréquents et perturbent le bon fonctionnement de la maison des jeunes. Ils jettent le doute sur la poursuite de la collaboration entre la commune et la Croix-Rouge.

Le bourgmestre Gaston Greiveldinger (LSAP) ne voit pas cette nécessité et précise que les problèmes qui ont pu exister ont été résolus par les nouveaux intervenants mis en place par les responsables de la Croix-Rouge.

3. Formulation d'un avis relatif aux projets de plans directeurs sectoriels

Le bourgmestre Gaston Greiveldinger (LSAP) rappelle l'enquête publique et la procédure subséquente concernant les projets de plans directeurs sectoriels. Le collège échevinal a formulé ses observations qui seront communiquées par écrit aux conseillers. Les fractions politiques du conseil communal sont invitées à formuler leurs propres remarques et de les communiquer au collège des bourgmestre et échevins. Celles-ci seront alors ajoutées à l'avis transmis au Ministère.

Parmi les observations que le collège échevinal propose d'inscrire dans l'avis, le bourgmestre note e.a. pour le plan « Paysages », le maintien d'activités récréatives dans la partie nord de Strassen, ce qui avait été revendiqué par le conseil lors de la première procédure. Il relève également des divergences entre le projet de plan de l'ensemble paysager des vallées Eisch-Mamer et l'étendue de la zone « Natura 2000 ».

Vu la situation de trafic spécifique à Strassen, notamment la fragmentation de la localité par la route d'Arlon et l'autoroute, le volet « Transports » est d'un intérêt particulier pour la commune de Strassen. La réalisation du boulevard de Merl et du contournement nord (rond-point Bridel / route d'Arlon) viendront délester la situation de trafic. La construction d'écrans antibruit tout comme une limitation de vitesse sur l'autoroute, mesures exigées depuis belle lurette par le collège échevinal auprès du Ministère des Transports, viendraient sensiblement améliorer la situation des résidents.

Concernant le plan sectoriel « Transports », le collège échevinal salue la priorité accordée au boulevard de Merl, mais regrette un possible blocage de terrains constructibles par la construction de cette route.

Quant au boulevard de délestage de Bridel, le couloir figurant dans les plans des Ponts & Chaussées ne correspond pas au couloir repris dans le plan sectoriel. Ceci pose notamment un problème pour les terrains actuellement constructibles.

Concernant les phases projetées de la construction du tram, le collège échevinal estime insuffisante l'extension du réseau vers la zone « Batiself » et exige une prolongation du réseau vers le « Tossenbergr ». Une grande priorité et des délais de réalisations courts doivent être accordés à cette extension du tram vu le trafic généré par à la fois par la clientèle du centre commercial et par l'expansion projetée des infrastructures scolaires au « Tossenbergr » et l'augmentation sensible du nombre d'habitants de Mamer résultant de la création prochaine de grands ensembles résidentiels sur 8,6 hectares de terrain à bâtir supplémentaires.

En plus, le plan sectoriel ne fournit pas les éléments juridiques nécessaires pour réserver au tram son couloir futur. Depuis 2007, la commune de Strassen réussit à réserver par voie conventionnelle aux exploitants du futur tram à Strassen un droit de préemption sur une bande de terrain destinée à recevoir l'assise du couloir « transports publics ». La préemption pourra s'exercer si la bande de terrain sur laquelle viendra se poser le couloir du tram ne vient pas réduire la constructibilité du terrain à bâtir en question. Ainsi on aboutit à superposer les zones « constructibilité » et « transport public ». Or, aucune zone superposée n'est prévue dans le plan sectoriel « transport ». Cette omission grèvera lourdement l'acquisition des bandes de terrain nécessaires à la création du « couloir pour transports publics » et suscitera de nombreux conflits entre propriétaires et État.

Dans le plan « mobilité », le collège échevinal déplore l'absence d'un réseau de pistes cyclables cohérent. En effet, il aurait été facile de réaliser la jonction de la piste cyclable Mamer-Mersch avec le PC1 à hauteur du « Fräiheetsbam » et du futur passage souterrain.

Concernant les réserves d'hydrocarbures de Bertrange, on constate que cette zone « de réserve et d'approvisionnement énergétique » n'apparaît plus dans le vocabulaire des plans sectoriels de façon à ce que l'emplacement futur de ces réservoirs reste dans le vague. De toute façon, le collège échevinal exige la délocalisation des réservoirs d'hydrocarbures de Bertrange.

Un autre point à redresser concerne les « Zones d'activités économiques » où le collège échevinal constate e. a. des problèmes juridiques possibles par la superposition de certaines zones et craint que la classification des « Mereler Wisen » en « zones économiques intercommunales » ne vienne attiser la spéculation et ne soit à l'origine de négociations difficiles au moment de l'acquisition de terrains. En plus, l'obligation imposée aux 2 communes de se constituer en syndicat intercommunal écartera toute possibilité aux particuliers de s'associer à l'exploitation des terrains industriels.

Sur demande du conseiller Roland Bestgen (Déi Gréng) concernant l'enquête publique sur les « incidences environnementales », le bourgmestre Gaston Greiveldinger (LSAP) précise que les réclamations y relatives sont à adresser directement au ministère compétent sans passer par la commune.

4. Approbation d'un devis relatif à des aménagements de la maison communale

Le bourgmestre Gaston Greiveldinger (LSAP) présente le devis pour le réaménagement intérieur et extérieur de la maison communale qui s'élève à 295.000 €. Comme les travaux de la façade pour un montant de 106.000 € ne seront effectués que l'année prochaine, le crédit budgétaire prévu de 200.000 € ne doit pas être augmenté.

Les travaux à l'intérieur sont nécessaires puisque l'expansion de la population, l'augmentation du nombre d'employés communaux, la réorganisation du personnel par la création de nouveaux services nécessite aussi une restructuration et la création de nouveaux bureaux. Au total 36 bureaux sont prévus pour 38 employés. Le service circulation tout comme le service forestier et les archives seront installés au sous-sol, la réception, le bureau de la population, la recette communale, l'office social, le bureau REVIS tout comme le service jeunesse et le service intégration auront leurs bureaux au rez-de-chaussée, le service technique sera logé au premier étage tandis que le secrétariat sera logé au deuxième étage tout comme le bureau du concierge.

Sur des interventions du conseiller Roland Bestgen (Déi Gréng) qui aurait préféré qu'un architecte d'intérieur ait élaboré les plans et du conseiller Laurent Glesener (DP) qui aurait préféré voir plus grand puisque la population augmente et que l'administration grandit de manière que l'espace manquera encore dans quelques années, le bourgmestre Gaston Greiveldinger (LSAP) réplique que les plans ont été élaborés ensemble avec des spécialistes en bureautique, qu'un agrandissement de la mairie s'imposerait certainement dans quelques années, mais qu'on pourrait s'arranger pour l'instant avec les mesures prévues.

Le devis est approuvé par tous les conseillers.

5. Allocation d'un subside extraordinaire à une association locale

Tous les conseillers sont d'accord avec un subside extraordinaire de 1.250 € à allouer au « Karaté Strassen » pour son stage sportif avec 23 jeunes à Magaluf.

6. Allocation des subsides ordinaires 2017/2018 aux associations locales

Le bourgmestre Gaston Greiveldinger (LSAP) ayant en charge le ressort « sports et associations locales » remercie les associations locales pour leur engagement exemplaire et note que l'allocation de subsides annuelle présente un moyen opportun de mettre en valeur le bénévolat tout comme l'implication continue des membres actifs et inactifs dans les activités de leur association.

L'échevin aux finances Nicolas Pundel (CSV) souligne la bonne situation financière des associations locales que la commune aide en cas de soldes négatifs ou lors de l'acquisition de matériels coûteux. Pour les subsides ordinaires de 2017/2018, l'échevin note une augmentation de deux pour cent et une fixation minimale de 2.000 € (sauf Croix-Rouge) pour les associations locales actives.

Les 112.100 € de subsides sont répartis comme suit : Chorale 7.800 €, Fanfare 13.000 €, FNEL 10.500 €, CEP Stroossen 10.650 €, DT Stroossen 2.700 €, FC UNA 12.700 €, No speed limit 2.900 €, Karate 9.750 €, Guillaume Tell 7.900 €, Stau Divers 2.000 €, VCS 11.700 €, Biker.lu 2.650 €, Amicale Pompiers 2.250 €, APEEP 2.000 €, CTF 2.200 €, Footing 2.050 €, RCTMC 2.150 €, Foyer de la Femme 2.000 €, Croix-Rouge 1.200 €, Judo 2.000 €, Chess Club 2.000 €.

Le bourgmestre Gaston Greiveldinger (LSAP) enchaîne sur les discussions soulevées concernant la répartition des subsides ordinaires en confirmant la nécessité de trouver une nouvelle clé de répartition à discuter ensemble avec les associations et les commissions consultatives pour mieux valoriser l'importance de l'association et de son travail.

Parallèlement aux subsides ordinaires, des aides financières viendront subventionner une approche professionnelle de l'encadrement des jeunes. Ce subventionnement sera mis en place par voie conventionnelle avec les associations sportives regroupant des disciplines olympiques.

Le conseiller Marc Fischer (DP) demande la présentation des statuts de nouvelles associations et le bourgmestre Gaston Greiveldinger (LSAP) lui explique qu'aucune association n'est obligée de présenter ses statuts à la commune.

7. Approbation d'un devis relatif à des aires de jeux

L'échevin aux finances Nicolas Pundel (CSV) présente le devis pour l'aménagement d'une aire de jeux dans la cour de l'école à la place des Martyrs. L'aménagement a été discuté ensemble avec le personnel enseignant et prévoit l'installation de structures de jeux en bois, des ensembles d'équilibre, des trampolines, des tables de pique-nique et des bancs ainsi que divers jeux.

Un revêtement de sol souple et de gazon synthétique respectivement de copeaux de bois devrait éviter des blessures. Des dépenses d'un montant de 362.700 € sont prévues. Ce devis est approuvé à l'unanimité après des objections des conseillers Jean-Marie Dürrer (CSV), Betty Welter-Gaul (LSAP) et Martine Dieschburg-Nickels (DP) concernant l'inutilité du labyrinthe constitué de haies prévu dans les plans.

8. Nominations au sein des commissions consultatives locales

La candidature de Max Flies comme membre de la commission du pacte climat est approuvée par les conseillers.

9. Divers

Le bourgmestre Gaston Greiveldinger (LSAP) communique aux conseillers que le contrôle de la caisse communale a noté un solde en caisse de 28,787 Mio. €.

Le conseiller Jean-Marie Dürrer (CSV) informe les conseillers d'une entrevue avec la SICONA pour fixer les travaux à exécuter sur le territoire de la commune. Le conseiller Roland Bestgen (Déi Gréng) demande une plus forte sollicitation des commissions consultatives par la commune, déplore le manque de toilettes lors d'une manifestation au « Fräiheetsbam » et propose l'engagement d'un fonctionnaire communal pour réaliser un concept écologique communal.

L'échevin Nicolas Pundel (CSV) réplique qu'un bureau d'études rassemblant plusieurs disciplines serait plus capable de résoudre les problèmes de plusieurs spécialités.

Le conseiller Laurent Glesener (DP) s'informe sur la succession dans la pharmacie de Strassen dont le bâtiment appartient à la commune et la conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) propose l'installation d'un accès pour personnes à mobilité réduite.

Le bourgmestre Gaston Greiveldinger (LSAP) répond qu'un repreneur a été annoncé par l'État, que la commune n'avait pas de droit de regard concernant la personne et que l'accès serait aménagé en attendant des discussions sur un éventuel déplacement de la pharmacie.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) rend attentif au mauvais état des chemins au parc Pescher,

s'informe sur des problèmes éventuels avec la fontaine du lotissement Pescher IV et s'informe sur la présence de nouveaux locataires dans les chambres à café.

Le bourgmestre Gaston Greiveldinger (LSAP) note les problèmes au parc Pescher, nie des problèmes avec la fontaine et explique que les chambres à café respectant les dispositions concernant les logements collectifs ne permettent pas l'intervention au niveau de la police des bâtisses.

La conseillère Claire Remmy (Déi Gréng) s'informe sur les horaires d'ouverture du terrain de beachvolley et le bourgmestre Gaston Greiveldinger précise que ce terrain est ouvert au grand public de 9 à 21 heures,

mais qu'il n'est pas accessible pendant les heures d'entraînement du club de volley local.

10. Affaires de personnel :

a) **Création d'un poste de fonctionnaire dans la carrière de l'agent municipal**

b) **Décision dans le cadre d'une demande de démission d'un fonctionnaire communal (huis clos)**

Le bourgmestre Gaston Greiveldinger (LSAP) informe que sur demande du service circulation un quatrième poste d'agent municipal est nécessaire pour maîtriser les problèmes de stationnement notamment aux environs du Pall-Center, mais aussi de l'occupation illicite des stationnements pour personnes à mobilité

réduite, etc. Le contrôle du secteur « Bourmicht » à lui seul prend deux heures. À cela s'ajoute la sécurité devant l'école au début et à la fin des classes ainsi que l'augmentation du travail administratif avec la gérance de quelque 4.000 vignettes et 2.000 changements de vignettes par an tout comme le contrôle des chantiers et du respect général du Code de la route et de la réglementation en matière de parcage. En plus une extension des charges des agents municipaux prévue augmentera le travail des agents de quoi la nécessité d'un quatrième agent s'impose.

Tandis que le conseiller Roland Bestgen (Déi Gréng) sans vouloir s'opposer à la création d'un poste

supplémentaire voit surtout la mauvaise situation structurelle comme cause des problèmes qui ne se résoudront pas avec une augmentation du nombre des agents.

La création du poste supplémentaire est approuvée unanimement.

Dans une séance à huis clos les conseillers décident d'approuver une demande de démission d'un fonctionnaire communal.

Approbation ministérielle du 20.9.2018 du PAP Suebelfeld

